

FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,
Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main



Nr. 8
September 2015

Irak / Deutschland

Traumatisierte Frauen gemeinsam schützen

Das Land Baden Württemberg hat eine bemerkens- und nachahmenswerte Initiative ergriffen: Bis zum Ende des Jahres sollen Frauen, die in der Gewalt des Islamischen Staates niederträchtige Grausamkeiten durchleben mussten, für zwei Jahre Aufnahme finden. Sie sollen die Chance erhalten, mit Therapien ihre Traumata zu überwinden. Ein Sonderbleiberecht soll ihnen Chancen eröffnen, ein selbstbestimmtes neues Leben zu beginnen. Die überwiegende Zahl der bisher aufgenommenen Frauen sind Jesidinnen, aber es gibt auch vereinzelt Christinnen und Schiitinnen, die von IS-Kämpfern verklavt, verkauft, missbraucht wurden oder die Zeuginnen waren, wie ihre nächsten Angehörigen – Kinder, Männer, Eltern, Geschwister – umgebracht wurden. Bis zum Ende des Jahres sollen 1000 Personen aufgenommen werden: traumatisierte Frauen mit ihren Kindern und traumatisierte Minderjährige mit mindestens einem erwachsenen Familienangehörigen.

Seit dem ersten humanitären Hilfstransport im Oktober vergangenen Jahres haben die IGFM-Helfer nicht nur Fracht abgeladen und sind wieder nachhause gefahren, sondern sie haben Flüchtlinge aufgesucht, mit ihnen geredet, Familienverhältnisse und Hilfebedürftigkeit und Bedarf erkundet, bei ihnen übernachtet, mit ihnen für wenige Tage den Alltag geteilt. Immer wieder haben wir Frauen getroffen, die still, ängstlich und zurückgezogen versuchten, nicht aufzufallen, aber dann doch irgendwann berichteten. Einige dieser Frauen sind jetzt in Deutschland, und wir sehen es als unsere Pflicht an, Ihnen gerade jetzt und hier in der fremden Umgebung, noch ohne Sprachkenntnisse, ein Stück Vertrautheit zu schenken.

Diese Frauen sind in Kleingruppen geschützt untergebracht. Sie brauchen Zeit, in der sie nicht von Presse und Medien belagert werden. Die Städte in Baden-Württemberg, die diese Aufgabe selbstlos übernommen haben – die

Frauen werden nicht zugewiesen wie andere Flüchtlinge – haben eine große Verantwortung übernommen. Es sollten mehr Städte, auch außerhalb Baden-Württembergs, ihre Ländervertretungen überzeugen, sich dem Programm anzuschließen.



Diese Mädchen waren in der Hand des IS.
Im Irak haben sie der IGFM geholfen.
In Deutschland helfen wir ihnen.

Der Sonderstatus der Frauen wird nicht von jedermann gutgeheißen. Die Frauen selbst geraten in besonders schwierige Situationen zum Teil durch Leichtfertigkeit im Umgang mit ihrem Leid, zum Teil, weil es noch keine Alternativen gibt: Die Frauen brauchen zur Verständigung Übersetzerinnen für Arabisch oder Kurdisch. Wie können die traumatisierten Frauen, deren Angehörige mit dem Anruf Allahs ermordet oder die von einem IS-Terrorist vergewaltigt wurden, einer Übersetzerin, die ein Kopftuch als Zeichen ihrer Religion trägt, vertrauen oder in ihrem Beisein offen sprechen? Was ist – wie geschehen – wenn eine muslimische Übersetzerin ungeniert eine betroffene Frau auffordert, nichts zu berichten, was ihre Religion beleidigen könnte? Wird sie übersetzen, was die betroffene Frau berichtet? Schnell fühlen sich die Frauen wieder bedrängt, wieder unterdrückt. Und so ist es eben auch geschehen, dass eine Übersetzerin außerhalb der Dienstzeiten des Betreuungspersonals eine Abendveranstaltung organisiert und PKK-Männer eingeladen hat, die den jungen Frauen unverblümt angeboten hatten, sie an Waffen auszubilden, damit sie in den Irak zurückkehren und gegen den IS kämpfen! Solche Informa-

tionen geben die betroffenen Frauen nur denen, die ihre Sprache sprechen und zu denen sie Vertrauen haben. Was die PKK weiß, könnten auch der IS oder Salafisten wissen und die Frauen einschüchtern und bedrohen. Dass sich das zu bestätigen scheint, darauf deutet die Mitteilung aufmerksamer Nachbarn einer Wohneinheit hin, die beobachtet hatten, wie Männer mit auffallenden Bärten eine Unterkunft fotografiert hatten.

Die IGFM unterstützt die Arbeit der Betreuer durch Information, wir helfen den Frauen humanitär, wir nehmen sie mit Wissen der Betreuer zu Ausflügen mit; wir versuchen, ihnen Freunde und Nachbarn zu sein. Wir nehmen ihre Informationen über gleichermaßen betroffenen Frauen bei den nächsten Transporten in den Irak mit. Wir helfen damit im Irak auch bei der Entscheidung über die Aufnahme besonders förderungswürdiger Frauen. Zurzeit ist ein IGFM-Transport vollgeladen mit über 100 Rollstühlen und anderen Mobilitätshilfen im Irak und verteilt diese mit Unterstützung von Ärzten der Krankenhäuser in Shekhan und Dohuk an versehrte und behinderte Flüchtlinge. Den nächsten Transport mit warmer Kleidung werden wir Anfang Oktober schicken. Die Transportkosten belaufen sich auf ca. 4 – 5000 €. Hygieneartikel sollen zugeladen werden. Hierfür bitten wir um Ihre Spenden.

Kennwort Irak (89)

Ihre Spende überweisen Sie bitte
unter Angabe des
entsprechenden Kennwortes
oder der Kennziffer
auf folgendes IGFM-Konto:
IBAN: DE73 5125 0000 0023 0007 25
Swift-BIC: HELADEF1TSK
Taubussparkasse,
Konto 23 000 725 • BLZ: 512 500 00



„Ich habe gerade meinen Vollstreckungsbefehl bekommen. Er besagt, dass ich bis Mittwoch, 10. Juni, gehängt werde. Ich bin unschuldig, aber ich weiß nicht, ob dies einen Unterschied macht. ... Es ist seltsam, wie viele Male mir mitgeteilt wurde, dass ich jetzt sterben müsse. Man fühlt sich schlecht. Ich begann die Tage zu zählen, was in sich selber schmerzhaft ist, und ich fand, dass meine Nerven in derselben Weise strapaziert werden wie mein Körper. In der Tat, ich sterbe viele Male vor meinem Tod. ... Ich bezweifle, dass es etwas Schlimmeres gibt, als dass man gesagt bekommt, dass man jetzt sterben müsse, und dann sitze ich in der Gefängniszelle und warte gerade auf diesen Augenblick. Seit vielen Jahren – ich war gerade 15 – befinde ich mich zwischen Leben und Tod. ... Ich bin ein Christ, und manchmal ist das schwierig hier. Besonders ist es ein Gefangener, der versucht hat, unser Leben schwer zu machen. Ich weiß nicht, warum er das tut. ... Ich habe alles getan, um mein Leben zu verbessern. Ich habe mich mit Malen und dem Schreiben von Versen beschäftigt. Es war ein Geschenk von Gott. Als ich zum Gefängnis gebracht wurde, hatte ich keine andere Möglichkeit, meine Gefühle auszudrücken. Ich begann alles im Gefängnis Kot Lakhpat zu malen. ... Es erlaubt mir, Gedanken von der Welt draußen zu empfangen, die ich auf meiner Leinwand festhalten kann. Fragen, wie ich durch die Polizei gefoltert wurde, brachten schreckliche Erinnerungen zurück, die ich in Bilder umwandelte. Doch es würde vielleicht besser sein, nicht daran zu denken, was

die Polizei tat, mich dazu zu bringen, fälschlicherweise dieses Verbrechen zu gestehen. Als wir im Dezember die Neuigkeit hörten, dass das Moratorium der Todesstrafe aufgehoben werden sollte, herrschte Furcht in den Zellen des Gefängnisses vor. Die Stimmung lag düster über uns allen. Aber dann begannen tatsächlich die Hinrichtungen und jeder begann, durch geistige Folter zu gehen. ... Ich kann mich nur auf Gott und meine Anwälte verlassen. Ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben, obgleich die Nacht sehr dunkel ist.“



Hinrichtungsoffer
Aftab Bahadur Masih
(Bild: Asia News)

Um 4.30 Uhr am Morgen des 10. Juni 2015 wurde der 38jährige pakistanische Christ Aftab Masih in Lahore gehängt. 22 Jahre verbrachte er unter falscher Mordanklage in einer Todeszelle. Dem zur Tatzeit 15jährigen war vorgeworfen worden, 1992 eine Mutter mit ihren beiden Söhnen umgebracht zu haben. Als er damals verhaftet wurde, bot ihm die Polizei für 50.000 Rupien

die Freilassung an. Doch als Sohn eines Klempners hatte Aftab nicht das Geld dazu. Kurz vor Aftabs Hinrichtung gaben zwei muslimische Zeugen an, dass sie falsches Zeugnis abgegeben hatten und Aftab unschuldig sei. Danach hatten es die Behörden sehr eilig, Aftab hinzurichten, ehe seine Anwälte diese neuen Informationen als Beweis seiner Unschuld hätten nutzen können.

Ende Juli wurde Alem Masih, ein Christ, der sich in eine junge Muslimin verliebt und sie geheiratet hatte, von der Familie der Frau aufgelauert, verschleppt und brutal ermordet. Der Vater der jungen Frau brüstet sich öffentlich damit, einen Hund getötet zu haben und im Himmel dafür Jungfrauen erwarten zu können. Seine Tochter ließ er von seiner Familie so heftig prügeln; dass sie im Krankenhaus mit dem Tode ringt.

Chaudhary Aneel Ashiq Mutto, beim Hohen Gericht in Lahore zugelassener Anwalt, hatte sich 2014 ein Haus in Samanabad, ein Ortsteil von Lahore, gekauft, wo er mit seiner Frau und zwei Töchtern wohnte. Am 16. Juli 2015 – er hatte einen Termin bei Gericht – drangen 20 Mitglieder der radikalislamischen Sipā-e-Sahāba in sein Haus. Sie sperrten seine Familie mit vorgehaltener Waffe in einen Raum und plünderten sein Haus. Die Möbel brachten sie in zwei mitgebrachten Lastwagen weg. Die Terrorgruppe heftete an die Wände seines geplünderten Hauses Koranverse. Am Abend des gleichen Tages stand der regionale Führer von Sipā-e-Sahāba Saeed Khalid Azad zusammen mit 15 Personen vor seiner Tür und forderten

Prognosen sprechen von über 400.000 Flüchtlingen, die in diesem Jahr in Deutschland Schutz und Bleibe suchen. Noch wagt sich niemand an eine Prognose für das kommende Jahr und das übernächste Jahr. Vergleiche anzustellen, wann das Boot wirklich voll ist, traut sich angesichts der überfüllten Boote auf dem Mittelmeer niemand mehr. Und so spricht man doch lieber vom Erreichen der Kapazitätsgrenzen bei Erstaufnahmestellen und den Kommunen, um dann festzustellen, dass die Verfahren zur Verteilung nur beschleunigt werden müssen, um all die Fremden spüren zu lassen, dass sie willkommen sind – in diesem Jahr, im kommenden Jahr, im darauffolgenden Jahr.

Die Nöte, die die Flüchtlinge zum Verlassen ihrer Länder veranlasst haben, werden schon längst nicht mehr offen

diskutiert. Und in vielen Fällen fällt völlig unter den Tisch, ob sie berechtigterweise Aufnahme bei uns finden oder ob es auch Alternativen gab. Es sind nicht nur Talente, die Flüchtlinge mitbringen. Viele bringen ihre politischen und religiösen Vorstellungen mit, auf die unsere Gesellschaft nicht vorbereitet ist. Die Medien zeigen derweil bevorzugt Kinder mit angstgefüllten Augen, die uns sagen wollen: Irgendwie tragen wir doch alle Schuld. Nur wer gänzlich unschuldig ist, der werfe den ersten Stein! Da überlässt man gerne den Ausländerbehörden und der Polizei den unangenehmen Auftrag, Flüchtlingen, die ein besseres Leben suchen oder anderes im Sinn haben, die Realität zu erklären, nämlich dass sie nicht bleiben können.

Soll Deutschland mehr christ

Bei der Vielzahl der Bedrohten und Bedrängten fällt auf, dass Christen diejenigen sind, die am leidensfähigsten zu sein scheinen. Ihr Anteil unter den Schutzsuchenden ist vergleichsweise gering, obwohl doch gerade sie – wie auch die Minderheit der Jesiden – unter den gegebenen Umständen keine Chance haben, in ihrer Heimat zu bleiben oder in der Nähe eine neue Heimat zu finden. Die Fahrer unserer Hilfstransporte in den Irak und selbst in der Türkei berichten, dass man Christen eher in „wildem“ als in Lagern großer Hilfsorganisationen findet. Sie können sich nicht mehr vorstellen, in einem muslimischen Staat zu leben. Jahrhunderte alte Bistümer in Syrien mussten bereits aufgegeben

Einen Monat lang besuchte IGFM-Mitarbeiter Dr. Emanuel Ogbunwezeh seine Heimat Nigeria, um mit Opfern der Terrororganisation Boko Haram zu reden und Kinder des Bildungs-Patenschaftsprojekts zu besuchen. Alleine während seines Besuchs wurden 556 Menschen Opfer von Anschlägen:

- 11.6. 37 Tote bei Anschlägen in sechs Dörfern im Bundesstaat Borno
- 15.6. 2 Selbstmordattentate mit 11 Toten in Potiskum
- 17.6. Explosion tötet 15 Menschen in Monguno
- 22.6. Acht Tote bei zwei Selbstmordanschlägen auf dem Baga-Fischmarkt in Maiduguri
- 23.6. 15 Tote bei Selbstmordanschlag in Nannawaji in Gujba
- 23.6. 20 Tote bei Anschlag in Debiro, Hawul
- 27.6. fünf Menschen im Krankenhaus in Molai, Borno, getötet
- 30.6. 48 Menschen getötet in Massuram nahe Monguno
- 01.7. 158 Menschen getötet im Dorf Kukawa
- 02.7. 11 getötet im Dorf Malari am Konduga-Highway
- 02.7. 30 Menschen erschossen in Zamfara
- 03.7. 29 getötet im Dorf Mussa, Askir-Uba
- 05.7. 7 bei einem Selbstmordanschlag auf eine Kirche in Bauchi getötet
- 05.7. 5 Gottesdienstbesucher und der Pfarrer getötet bei Bombenanschlag auf Kirche in Potiskum
- 05.7. 48 getötet bei Anschlag in Jos
- 06.7. ein Selbstmordattentäter bei der Moschee in Kano selbst gerichtet
- 07.7. 20 durch einen Selbstmordattentäter in Kaduna getötet.

ihn auf, das Haus zu verlassen oder ein Lösegeld von 10 Millionen Rupien (knapp 100.000 €) zu zahlen, andererseits werde man ihn angesichts der Koranverse an seinen Wänden entsprechend § 295 C des pakistanischen Strafgesetzbuches wegen Blasphemie anzeigen. Der § 295 C sieht die Todesstrafe vor. Sollte er nicht zahlen, sei es ihnen ein Leichtes, tausende Leute zu organisieren, die seine Familie verbrennen. Niemand habe es bisher gewagt, einen Prozess gegen sie zu führen. Chaudhary Aneel steht seitdem unter Polizeischutz, aber er weiß auch, dass er sich des Schutzes nicht sicher sein kann, denn diese Terrorgruppe hat starken Einfluss auf Polizei und auch auf Politiker in Pakistan.

Täglich geschehen Übergriffe auf Christen, von denen die Presse keine Notiz nimmt, aber viele Christen die Frage stellen lässt, ob sie Pakistan noch ihre Heimat nennen können. Verbrechen, mit denen sich der IS und seine Anhänger im Internet brüsten, geschehen in Pakistan mit ähnlicher Brutalität unter Ausschluss der Weltöffentlichkeit schon seit Jahren. Und auch in Pakistan haben sich IS-Zellen gebildet, die die Feindschaft gegen die religiösen Minderheiten weiter anheizen. Es wird Zeit, dass genauer hingesehen wird, denn viele Christen, Hindus, Ahmadiis und andere versuchen, das Land legal und illegal zu verlassen. Angesichts dessen, was in Pakistan und in vielen anderen islamischen Ländern mit den Minderheiten geschieht, fordert die IGFM, dass das einheimische Personal der Visum-Abteilungen der deutschen Vertretungen nicht nur mit Muslimen, sondern auch mit Vertretern der religiösen Minderheiten besetzt werden. Das wäre mehr als nur ein Zeichen, dass man die Lage der religiösen Minderheiten ernst nimmt.

Die IGFM arbeitet in Pakistan mit den christlichen Menschenrechtsorganisationen VOICE und CLAAS zusammen, die mit ihren Rechtsabteilungen Fälle wie diese geschilderten detailliert aufnehmen und trotz allgegenwärtiger Bedrohungen vor Gericht vertreten. Die Personalkosten von VOICE beispielsweise betragen für 10 Mitarbeiter noch keine 4000 € im Monat. Damit diese mutigen Menschenrechtsverteidiger weiterarbeiten können, brauchen sie unsere Hilfe. In ihrem eigenen Land finden sie dafür keine Spenden. Darum wenden wir uns an Sie.

Kennwort Christen in Pakistan (46)

liche Flüchtlinge aufnehmen?

werden, und selbst die Priester im Irak reden nicht mehr von der Chance für ihre Gläubigen, sondern raten: „Tut, was gut für Euch ist.“

Die Mitglieder der Arabischen Liga, die Organisation für Islamische Zusammenarbeit halten sich mit ihrer Hilfe für muslimische Flüchtlinge auffallend zurück, lassen die muslimischen Flüchtlinge nach Europa ziehen und bezichtigen die helfenden Europäer stattdessen der Islamophobie, statt umzudenken. Und bieten wir denn wenigstens den Christen mehr Schutz? Nein, sie sollen dableiben, wo man ihnen die Hälse durchschneidet. Die Auslandsbischofin der EKD Frau Petra Bosse-Huber hält ein einseitiges Engagement für problematisch

den Auszug christlicher Minderheiten beschleunigen und die Vorbehalte gegenüber christlichen Minderheiten vor Ort wachsen lassen, heißt es. Welch ein abgehobenes Verständnis angesichts der täglichen Berichte bedrohter und verzweifelter Christen, deren Freiheit und Leben ohne Glaubenswechsel bedroht sind – nicht erst heute und auch in der Zukunft!

Deutschland hat Millionen Flüchtlingen ungeachtet ihrer politischen Einstellung oder ihres religiösen Bekenntnisses Schutz, Hoffnung und vielen sogar Bleiberecht gegeben. Den Jesiden zum Beispiel, die bis auf ein paar Flüchtlinge zuvor kaum über den Bosphorus hinaus kamen. Das ist gut, denn sie haben

– und sie steht damit nicht allein. Es würde

großes Leid erfahren. Sie sind bemüht, unter europäischen Bedingungen ihre Traditionen zu leben. Sie wehren sich nicht gegen Integration und loyale Europäer zu werden. Nicht anders ist es mit den christlichen Flüchtlingen. Christliche Solidarität verlangt unseren Einsatz für die Schwächsten.

Die IGFM hat sich in ihrer Satzung dazu verpflichtet, denen vorrangig beizustehen, denen eines der Grundrechte, hier das Recht auf freie Ausübung ihrer Religion, verwehrt wird. Darum setzen wir uns dafür ein, dass Christen und Flüchtlinge anderer Minderheiten, die in ihrer Heimat systematisch unterdrückt oder sogar aktiv bekämpft werden, bevorzugt aufgenommen und ein Bleiberecht in Aussicht gestellt werden.

Bildung ist ein teures Gut in Nigeria. Eine Schuluniform zu tragen ist Pflicht; die Schüler tragen die Uniform ihrer Schule mit Stolz. Für zahlreiche Eltern beginnt aber da schon die Überlegung, welches der Kinder die Schule besuchen wird. Verlierer sind in der Regel die Mädchen. Blieben sie noch vor wenigen Jahren behütet im Schutze der Familie, so hat der technische Fortschritt mit Handys und Satellitenfernsehen den Mädchen Horizonte geöffnet: Viele ziehen in die Städte und werden dort Opfer von Verführung, Verschleppung, Vergewaltigung und Zwangsprostitution, weil sie Verträge unterschreiben, die sie nicht lesen konnten und nicht verstanden hatten. Die Terrororganisation Boko Haram – übersetzt soviel wie „(westliche) Bildung ist Sünde“ – will erzwingen, dass die Menschen in Nigeria nach ihrer Auslegung des Korans leben. Sie reduziert den Horizont der Menschen und versucht sie mit Gewalt und Mord zu versklaven.

„Es herrscht ein Klima der Angst. Die Menschen fühlen sich stark bedroht. Es gibt keinen Widerstand gegen Boko Haram und keinen schützenden Puffer zwischen den Bürgern und der Terrorgruppe. Viele Frauen haben Angst, entführt, zwangskonvertiert und zwangsverheiratet zu werden. Was passiert, wenn Boko Haram durch die Tür kommt? Niemand will sich das vorstellen. Überall in Nigeria das gleiche Gefühl: Geht, bevor Boko Haram kommt“, meint Dr. Emanuel Ogbunwezeh nach seiner Rückkehr aus seiner Heimat Nigeria.

Das IGFM-Projekt Bildungs-Patenschaft will gezielt Mädchen fördern. Sie sollen regelmäßig zur Schule gehen und sie sollen einen Abschluss erlangen. Es ist nicht die Regel, dass Mädchen tatsächlich sechs Jahre



Anita Ifaluyi



Bridget Paul



Victory Ebose

Grundschule durchstehen, aber die von uns geförderten Kinder haben es bis auf einzelne geschafft. Das Projekt wurde im vergangenen Jahr auf eine weitere Schule ausgeweitet. So unterstützen wir jetzt Mädchen in Enugu und in Usen. Im zehnten Jahr des Projekts möchte wir Ihnen drei Mädchen vorstellen, die nach Meinung der Patres das Zeug haben, für weitere sechs Jahre das Gymnasium zu besuchen. Weiterhin können mit 8 € im

Monat, also für weniger als 100 € im Jahr, die Schulkosten für ein Mädchen in der Grundschule gedeckt werden. Die Kosten einer Patenschaft für den Besuch der weiterführenden Schule bis zum Abitur ist deutlich teurer: Es müssen aufgrund höherer Kosten für das Lehrmaterial 300 € pro Jahr aufgebracht werden.

Die Patres haben bei einer Bank für jedes Kind ein Patenschaftskonto angelegt, auf das die Patres das Geld einzahlen. Die Kinder sehen so, wie sich ihre Patenschaft entwickelt. Soweit sich Geld anspart, dürfen sie sich etwas kaufen. Abheben können nur die Kinder zusammen mit den Patres. Die Eltern haben keinen Zugriff auf die Patenschaftsgelder. Das Geld wird nur für die Ausbildung des Kindes, nicht für Bedürfnisse der Eltern verwendet. Dr. Emanuel Ogbunwezeh hat von seiner Reise nach Nigeria über hundert Briefe, zum Teil mit Zeugnissen und liebevoll bemalt und dekoriert, von Schülern an die Paten mitgebracht. Aus den Briefen spricht Dankbarkeit und die Freude, lernen zu dürfen. Wir freuen uns über jede neue Patenschaft. Es ist gut angelegtes Geld.

Kennwort: Patenschaft Nigeria (28)

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer,

Die IGFM bleibt bei klassischer Menschenrechtsarbeit!

Wir fordern und fördern weder die Legalisierung von Prostitution noch ein Recht auf Abtreibung. Wir setzen uns für die Achtung der bürgerlichen und politischen Grundrechte, für ein Ende der Verfolgung aus politischen und religiösen Gründen und für die Freilassung gewaltloser politischer Gefangener ein.

Wir helfen unterstützend humanitär dort, wo es notwendig und uns möglich ist.

Wir meinen, das ist genug, wenn man es richtig machen will.

Ihr

Karl Hafen



Impressum

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM) Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt, Tel.: 069 - 420 108 0, Fax : 069 - 420 108 33 e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de UstIDNr. DE 1142 35 684

Redaktion: Karl Hafen

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues

Satz und Layout: Pixelvektor Stefan Eschenbach

Sektion Österreich:

Hackerhofergasse 1, A-1190 Wien

Sektion Schweiz:

Birkenweg 1, CH-2560 Nidau,

Tel.: 32 - 331 75 67, Fax : 32 - 331 57 81

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.